

FreiBrief aus Berlin

9/2014



Sehr geehrte Damen und Herren,

derzeit überlagern die außenpolitischen Krisenherde in der Berichterstattung alle anderen Themen und Herausforderungen. Nach wie vor finden wir in der östlichen Ukraine, im Gaza-Konflikt sowie im Nordirak schlimme Zustände vor, bei der sich Deutschland nicht vor der Wirklichkeit verschließen darf und sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an Hilfsaktionen beteiligen muss. Anfang dieser Woche kam der Bundestag zu einer Sondersitzung zusammen, um über humanitäre Hilfe für Flüchtlinge im Irak und den Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) zu debattieren. Dabei ging es auch um Waffenlieferungen in den Nordirak, um die kurdischen Peshmerga-Kämpfer, aber auch die Flüchtlinge zu unterstützen. Als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses begrüße ich den Entschließungsantrag zur Regierungserklärung durch die Regierungsfractionen CDU/CSU und SPD ausdrücklich. Gleichzeitig muss die Politik entgegen der öffentlichen Wahrnehmung deutlich machen, dass die Hilfe Deutschlands gerade auch humanitärer Art, etwa durch die Entsendung von Lebensmitteln und Decken an die Schutzbedürftigen im Krisengebiet, ist. Die getroffenen Entscheidungen verdeutlichen die Interessen- und wertebasierte Außenpolitik Deutschlands und werden den Menschen in Not helfen.

Herzlichst

INHALT

<i>Bericht aus Berlin</i>	1
<i>Aktuelles aus dem Wahlkreis</i>	2
<i>Parlamentarisches Patenschafts-Programm: Jetzt bewerben!</i>	4
<i>Thorsten Frei zu Besuch auf der Frühchenstation des Schwarzwald-Baar-Klinikums</i>	4
<i>Podiumsdiskussion bei der Wirtschaftsförderung Schwarzwald-Baar-Heuberg</i>	5
<i>Bund stärkt mit KiTa-Förderung Bildung und Integration als Standortfaktoren auch in unserer Region</i>	5

www.thorsten-frei.de



Bericht aus Berlin

Während die Gesetzgebung in der parlamentarischen Sommerpause ruht, nimmt sich das Weltgeschehen keine Auszeit. Insbesondere die Krise in der Ukraine aber auch die Lage im Irak haben dafür gesorgt, dass der Bundestag auch in der Sommerpause außerplanmäßig zusammengekommen ist. Nichtsdestotrotz bot sich mir im vergangenen Monat die Gelegenheit, selbst in einige Länder, die ich stellvertretend für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion politisch betreue, zu reisen.

Katz-Und-Maus-Spiel von Russlands Präsident Putin entschieden entgegneten

Der Auswärtige Ausschuss kam in mehreren Sondersitzungen zusammen, um die besorgniserregenden Entwicklungen im Osten der Ukraine zu bewerten. Wir sind uns einig, dass das Agieren Russlands zeigt, dass Wladimir Putin kein Interesse an einer friedlichen Lösung in diesem Konflikt an der Grenze zu Europa hat. Eine sich friedlich reformierende und womöglich positiv entwickelnde Ukraine könnte ihm schließlich auch innenpolitisch gefährlich werden. Spätestens jetzt sollte auch dem letzten Zweifler klar geworden sein, dass Putin allen Beteiligten auf der Nase rumtanzt und seine Zusagen bricht, noch bevor er sie ausspricht. Von Frieden sprechen und gleichzeitig militärisch intervenieren sind zwei unterschiedliche, nicht vereinbare Sprachen. Um es ganz deutlich zu sagen: Putin spielt offen mit dem Feuer und dem Frieden in Europa.



Für die Demokratien in Europa geht es jetzt mehr denn je um Glaubwürdigkeit und die Verteidigung

unserer Werte, die mit dem Rechts- und Demokratieverständnis von Wladimir Putin nicht vereinbar sind. Natürlich müssen wir wie bisher alle diplomatischen Mittel ausschöpfen und die offenen Gesprächskanäle nutzen. Dennoch erachte ich die von Bundeskanzlerin Angela Merkel und US-Präsident Obama angekündigten neuerlichen Sanktionen sowie die angekündigte Neujustierung der NATO als einzig wirksamen Weg, um unsere Haltung klar zum Ausdruck zu bringen und Putin zu einem Einlenken zu bewegen.

Natürlich ist mir durch zahlreiche Unternehmensbesuche im Wahlkreis in jüngster Zeit deutlich bewusst, dass die Auswirkungen von Handelsbeschränkungen für die hiesigen Unternehmen schon jetzt deutlich zu spüren sind und weiter an Schärfe zu nehmen werden. Allerdings weiß ich aus meinen Gesprächen mit den betroffenen Unternehmern auch, dass diese das trotz der unmittelbaren Konsequenzen ganz überwiegend auch so sehen.

IS-Terror bedroht auch den Frieden in Europa

Darüber hinaus hat uns in den vergangenen Tagen und Wochen die durch die marodierenden Milizen des Islamischen Staates (IS) ausgelöste menschliche Tragödie in Syrien und dem Irak intensiv beschäftigt – sogar in einer Sondersitzung des gesamten Parlaments. Die Islamischen Milizen haben das in Syrien entstandene Machtvakuum genutzt, um sich zu formieren, Gebiete und Ölquellen zu erobern und einen islamischen Staat, den sog. IS, nach ihrer vorgestrig religiösen Vorstellung zu schaffen. Erstarkt haben die Islamisten ihre Aktivitäten auf den ebenfalls vor dem Zerfall stehen-den Irak ausgeweitet und auch dabei durch die geschickte Ausnutzung der Streitigkeiten zwischen den heterogenen Volksgruppen beachtliche Landgewinne und Zuläufe von Unterstützern erfahren. Soweit der Lauf der Dinge. Während man die Islamisten des IS anfänglich gewähren ließ, sind sie heute zu einer unvorstellbaren Gefahr nicht nur für die Region, sondern für die Stabilität weit über die Region hinaus geworden. Heute zeigen die Islamisten ihr wahres, unmenschliches Gesicht, wenn Sie andersgläubige und freiheitsliebende Menschen

unterjochen oder bestialisch töten. Den täglichen grausamen Meldungen konnte sich wohl niemand von uns entziehen. Spätestens im Anblick eines möglichen Genozids gegen Jesiden und der massenhaften Verfolgung von Assyern, chaldäischen Katholiken oder Aleviten, im Anblick der Vertreibung von Millionen von Menschen und der Drohung, den Terror auch zu uns zu tragen, war für mich klar, dass wir nicht länger tatenlos zusehen dürfen, wie in unserer weiteren Nachbarschaft jegliche Menschenrechte mit Füßen getreten und Menschen systematisch ermordet werden. Deshalb habe ich im Bundestag die Entscheidung der Bundesregierung mitgetragen, die kurdischen Peschmerga als letztes Verteidigungsbollwerk an der Grenze zur Türkei mit Waffenlieferungen zu unterstützen. Für mich ist die Entscheidung ein wichtiges Signal dafür, dass wir die betroffenen Menschen nicht allein lassen, Verantwortung übernehmen und ganz klar auch unsere Sicherheitsinteressen vertreten. Wir haben uns die Entscheidung in der Koalition wahrlich nicht leicht gemacht. Vielmehr hat aus meiner Sicht die gesellschaftliche Debatte, die wir bei uns in der Politik, über die Medien oder in einer der zahlreichen Talksendungen im Fernsehen geführt haben, angesichts der Gräueltaten und der drohenden Gefahren durch den IS sogar viel zu lang gedauert. Darüber hinaus finde ich die ideologische Ablehnung von militärischer Hilfe als scheinheilig. Wie soll den Terroristen ansonsten Einhalt geboten werden? Darüber hinaus wird allzu oft und allzu gern vergessen, dass der weitaus größere Anteil unserer Hilfe in humanitärer Hilfe in Form von Medikamenten, Wasser, technischem Gerät oder Hilfsunterkünften erstreckt. Die Waffen sind letztlich nur ein Mittel, um die Islamisten soweit zurück zu drängen, damit die wichtige humanitäre Hilfe überhaupt zu den Millionen Flüchtlingen gebracht werden kann.

Gespräche über die EU-Annäherung stehen in Mazedonien im Fokus

Darüber hinaus war ich am Anfang der Woche auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mazedonien, um mit Stipendiaten über die Europaperspektive des kleinen, zwei Millionen Einwohner zählenden Landes zu diskutieren.

Unter der Überschrift „Die Rolle Deutschlands im Kontext einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik“ führte ich in die Diskussion, indem ich einen breiten Bogen von meiner Arbeit im Bundestag, dem aktuellen krisendominierten Weltgeschehen bis hin zur EU-Perspektive Mazedoniens spannte.

Einmal im Land nutzte ich die Gelegenheit, um an meine bisherigen, mit Vertretern des Landes geführten Gespräche anzuknüpfen und mir meinem ersten Besuch vor Ort ein differenziertes Bild von der politischen, gesellschaftlichen und auch wirtschaftlichen Entwicklung in dem EU- und NATO-Beitrittskandidaten zu machen. Der Höhepunkt meiner Reise war sicherlich das Zusammentreffen mit Premierminister Nikola Gruevski am Mittwoch, der sich deutlich mehr als eine Stunde Zeit für meine Fragen genommen hat.



Bei allen Gesprächen ging es mir vor allem um den parlamentarischen Boykott der größten Oppositionspartei, die nötigen Reformen im Bereich der Rechtstaatlichkeit als Basis für den weiteren Beitrittsprozess mit der EU und die Lösung des Namensstreits mit Griechenland, von dem eigentlich jegliche weitere Entwicklung in dem Land hängt.

Besonders den sog. Namensstreit habe ich als zentrales Problem für das Land identifiziert, schließlich kann es ohne eine echte Lösung für Mazedonien keine Aufnahme in NATO und EU geben. Deshalb habe ich alle Beteiligten immer wieder zur ernsthaften Diskussion möglicher Kompromisslinien angemahnt. Das Wohl oder Wehe eines Landes und seiner Menschen darf meines Erachtens nicht ausschließlich an der Frage eines Namens orientieren. Aus diesem Grund habe ich auch an die griechische Seite appelliert, einen konstruktiven Beitrag zur Lösung des Problems zu leisten.

Mit Außenminister Steinmeier in Afghanistan und Indien

Am heutigen Freitag fliege ich auf Einladung unseres Bundesaußenministers mit einer Regierungsmaschine zu mehrtägigen politischen Gesprächen nach Afghanistan und Indien.

Die erste Reisesstation wird die afghanische Hauptstadt Kabul sein. Im Zentrum der Gespräche geht es vor allem um die weitere Entwicklung in dem Land am Hindu-kusch. Nach der Stichwahl zur Präsidentschaftswahl im Juni dieses Jahres steht noch immer kein offiziell anerkanntes Endergebnis fest. Ohne einen allseits akzeptierten Nachfolger von Noch-Präsident Hamid Karsai steht jedoch die Zukunft vor allem des internationalen Engagements in den Sternen. Deshalb ist es jetzt besonders wichtig, dass eine einvernehmliche Lösung gefunden wird, damit die vielen für die Bevölkerung errungen Fortschritte nicht verloren gehen und die Taliban wegen der machtpolitischen Streitigkeiten zweier Herren in der Hauptstadt wieder die Oberhand gewinnen. Deshalb ist es das richtige Signal, dass Außenminister Steinmeier persönlich für eine Lösung wirbt und ganz deutlich die Konsequenzen eines Scheiterns verdeutlicht. Ohne eine neue Regierung wird es ab dem kommenden Jahr keine weitere internationale Präsenz vor Ort fehlen, weil einfach die vertraglichen Grundlagen fehlen.

Am Sonntag geht es für mich dann weiter nach Neu Dehli. Dort wird sich unsere Delegation ein Bild von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in dem aufstrebenden Land machen. Ich werde mich mit Kollegen aus dem indischen Ober- und Unterhaus sowie Vertretern der Zivilgesellschaft austauschen und an verschiedener Stelle über Infrastrukturprojekte informiert. Im Kern geht es dabei um die Verbesserung der kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Indien und Deutschland. Allerdings bin ich auch sehr optimistisch, dass ich viele interessante Wirtschaftskontakte in Indien knüpfen werde. Schließlich sei der riesige aufstrebende Markt auch für die hiesigen Unternehmen mehr und mehr von Interesse.

Aktuelles aus dem Wahlkreis

Die zurückliegende parlamentarische Sommerpause konnte ich intensiv dazu nutzen, in meinem Wahlkreis präsent zu sein. In vielen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern konnte ich sowohl auf die ersten elf Monate als Bundestagsabgeordneter zurückblicken, als auch einen Ausblick auf das zweite Halbjahr dieses Jahres geben.

Dialog mit den Menschen als unverzichtbarer Bestandteil meiner Arbeit

In den letzten Monaten besuchte ich beispielweise alle Städte und Gemeinden, um mit den Entscheidungsträgern vor Ort zu erörtern, wo der Schuh drückt. Auch viele Firmen- und Unternehmensbesuche, Diskussionsveranstaltungen, Gespräche mit Institutionen, Vereinigungen und Vereinen, Schulbesuche, Eröffnungen, Neujahrsempfänge und Jubiläen, und viele weitere – teilweise ganz individuelle – Termine konnte ich wahrnehmen. Auch der ständige Austausch mit meinen Abgeordnetenkollegen, den beiden Landräten sowie Kommunalpolitikern habe ich geführt. All diese Gespräche möchte ich weiterhin fortführen, da der Meinungsaustausch mit den Bürgerinnen und Bürgern ein unverzichtbarer Bestandteil meiner Arbeit darstellt.



Bürgersprechstunden in Villingen-Schwenningen und in Wolfach

Regelmäßig halte ich auch Bürgersprechstunden in meinem Wahlkreisbüro in Villingen-Schwenningen sowie im Büro meiner Kollegin Kordula Kovac MdB in Wolfach ab. Wenn Sie ein Anlie-

gen haben, dürfen Sie mich gerne in einer Bürgersprechstunde besuchen. Die nächsten Termine finden bereits Mitte September statt. Einen Überblick über die Termine erhalten Sie [hier](#). Zu den einzelnen Sprechstunden können Sie sich telefonisch unter 07721 99535-44 anmelden.

Kinderrechte in aller Welt – Abschluss der UNICEF-Projektwoche am Fürstenberg-Gymnasium

Zum Abschluss der UNICEF-Projektwoche und damit unmittelbar vor den Sommerferien besuchte ich die vollbesetzte Aula am Fürstenberg-Gymnasium Donaueschingen, um gemeinsam mit der Band "11 WIE DU", Oberbürgermeister Eric Pauly und der örtlichen Vertreterin von UNICEF, Frau Maria del Carmen Limberger, auf die Lage der Kinder in aller Welt und oft gravierende Mängel im Bereich von Mindestlebensstandards hinzuweisen. Anlass der Veranstaltung war das 25-jährige Jubiläum der UN-Kinderrechtskonvention. In einem Grußwort konnte ich auf das wichtige Thema aufmerksam machen und konnte mich für das Engagement bei den anwesenden Schülern und Lehrern bedanken. Ich machte klar, dass die weltweite Beachtung der Kinderrechte eminent wichtig ist, schließlich können die Kinder nichts für die Spannungen und Unstimmigkeiten zwischen den Erwachsenen, zumal sie Zukunft einer jeden Gesellschaft sind, egal in welchem Land. Alle Beteiligten haben mit ihrem Einsatz im Rahmen der Projektwoche einen wichtigen Beitrag geleistet, um die Menschen gerade auch in Deutschland für die oft nicht sichtbaren Probleme zu sensibilisieren. Wir haben die Aufgabe, ausgehend von unseren Wertvorstellungen, auf Missstände in anderen Erdteilen dieser Welt aufmerksam zu machen. Engagement und Einsatz für Frieden in der Welt beginnt im Kleinen, schafft Großes, und verdient allerhöchsten Respekt!



Besichtigung der Baustelle Donauquelle in Donaueschingen

Gemeinsam mit Landtagspräsident Guido Wolf und Oberbürgermeister Erik Pauly konnte ich mir ein Bild vom aktuellen Stand der Sanierungsarbeiten am Donauquelltopf in meiner Heimatstadt Donaueschingen machen. Die Donauquelle ist der Anker des Tourismus in Donaueschingen und in der Region. Auf Grund der teilweise völlig übernässten Sandsteine dauert der Trocknungsprozess länger als anfangs geplant. Voraussichtlich erst im Herbst 2015 können weitere Arbeiten an der Quelle durchgeführt werden. Besonders gefreut habe ich mich über die Bereitschaft von Guido Wolf, ein Treffen der Regionalparlamente der Donau-Anrainerstaaten in Donaueschingen ins Gespräch zu bringen. Noch aus meiner Zeit als Oberbürgermeister weiß ich, wie konstruktiv die Anrainerstaaten zusammenarbeiten.

Parlamentarisches Patenschafts-Programm: Jetzt bewerben!

Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – diese spannende und einzigartige Kombination bietet das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP), das der Deutsche Bundestag und der Amerikanische Kongress bereits seit 1983 anbieten. Bundestagsabgeordnete übernehmen während des Jahres die Patenschaft für die Jugendlichen. Auch 2014 bietet das PPP neben Schülern auch jungen Berufstätigen wieder die Chance, amerikanisches Familien-, College- und Arbeitsleben aus erster Hand kennen zu lernen. Zusätzliche Informationen zum Berufstätigen-PPP finden Sie auch über die Internetadresse <http://www.bundestag.de/ppp>. Haben Sie weitere Fragen? Dann können Sie sich auch gerne vertrauensvoll an mein Büro wenden. Die Kontaktdaten finden Sie am Ende des Newsletters.

Thorsten Frei zu Besuch auf der Frühchenstation des Schwarzwald-Baar-Klinikums

Als direkt gewählter Abgeordneter möchte ich auch den Dialog zwischen Medizin und Politik dauerhaft suchen. Aus diesem Anlass kam ich gerne mit Chefarzt Dr. Mathias Henschen und



dem leitenden Oberarzt Dr. Christian Bender zusammen, um über die Versorgungsmöglichkeiten in meinem Wahlkreis mit den ausgewiesenen

Spezialisten zu sprechen. Wir besuchten dabei auch die Frühgeborenenstation und waren uns einig, dass die Politik und die Selbstverwaltung darauf achten müssen, dass die vorgegebenen Fallzahlen auch den ländlichen Regionen angepasst werden muss. Ansonsten droht das faktische Behandlungsverbot in Kliniken wie dem SBK.

Podiumsdiskussion bei der Wirtschaftsförderung Schwarzwald-Baar-Heuberg

Die Basis aller zukünftigen Arbeit und damit einhergehend die Herausforderungen einer sich rasant verändernden Berufswelt sind sogenannte Megatrends. Im Rahmen des Wirtschaftstages 2014 der Wirtschaftsförderung Schwarzwald-Baar-Heuberg nahm ich an einer Podiumsdiskussion zum Thema teil. Globalisierung, Konnektivität, FemaleShift, Silver Society und Gesundheit waren nur einige, intensiv diskutierte Aspekte einer sich fortwährend neu erfindenden Gesellschaft und Wirtschaft.

Alle Teilnehmer waren sich einig, dass der demografische Wandel erst begonnen hat. Ehemalige Schwellenländer sind zu Wirtschaftsgiganten geworden und fordern Sitz und Stimme in der neuen Weltgemeinschaft. In der jetzigen, chaotischen Phase der Globalisierung muss ein neues, komplexeres Regelsystem entstehen. Dabei verliert Nationalität immer mehr an Bedeutung, während die unmittelbare Region immer wichtiger wird: Die Globalisierung ist zur "Globalisierung" geworden. Ein Trend, der durch die zunehmende Vernetzung untereinander und mit anderen Firmen oder Kunden nicht aufzuhalten ist.

Bund stärkt mit KiTa-Förderung Bildung und Integration als Standortfaktoren auch in unserer Region

Die frühkindliche Sprachförderung ist der Schlüssel für Bildungserfolg und Chancengleichheit, vor allem mit Blick auf bildungsferne Familien und die erfolgreiche Integration von Einwanderern, auf die wir in Zeiten des demografischen Wandels besonders angewiesen sind. Umso mehr freue ich mich, dass auch etliche KiTas aus unserer Region konkret von der Förderung i.H.v. 25.000 EUR je Einrichtung bzw. 50.000 je Einrichtungsverbund profitieren. Schließlich sind die vom Bund eingesetzten Mittel i.H.v. 100 Mio. EUR im Jahr ein hervorragend angelegtes Kapital. Neben der Förderung des bundesweiten Neubaus von Kinderbetreuungseinrichtungen und Bildungseinrichtungen im Schul- und Hochschulbereich mit 6 Mrd. EUR in der laufenden Legislaturperiode oder die Novellierung der Forschungs- und Hochschulfinanzierung unterstreicht auch dieser Baustein, wie wichtig dieser CDU-geführten Koalition mit der SPD die Bildung als Wettbewerbs- und Standortfaktor ist.

Wir haben eine qualitative und quantitative Verbesserung der Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie den Wettstreit um die klügsten Köpfe als Schwerpunkt unseres Handelns definiert. Schließlich ist Deutschland als ein Land weniger natürlicher Rohstoffe auf Wissen angewiesen, um im Wettbewerb mit den Schwellenländern bestehen zu können. Wissen und Bildung sind unser Rohstoff, den es zur Wahrung unseres Wohlstands zu fördern gilt.

Weitere Informationen zum Bundesprogramm finden Sie im Internet unter www.fruehe-chaancen.de.

Thorsten Frei MdB

Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de

Internet: www.thorsten-frei.de

facebook: www.facebook.de/ThorstenFreiCDU